

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Beleggeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Berlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorrat 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Reichsregierung und Eisenbahnerbewegung.

Wenn den Eisenbahnern und Beamten der Geduldsfaden reißt ob der Verschleppung ihrer Forderung durch die Regierung, so braucht man sich wahrlich nicht zu wundern, die Reichsregierung allein trägt für alle Folgen des Streiks die Verantwortung. Welches jämmerliche Spiel die Regierung treibt, geht aus einer „Berichtigung“ hervor, die sie durch das Wolffsche Bureau über die Rede Dr. Wirths im Finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats veröffentlicht. Da war von 7 Milliarden die Rede, um die das Defizit im Haushaltsplan durch die Forderungen der Eisenbahner und Beamten erhöht werde. Jetzt will er diese Summe nicht mit Bezug auf die Eisenbahnerforderungen genannt haben, sondern nur vergleichsweise mit den Fehlbeträgen des Etats von 1920. Der Staatssekretär Schröder hatte in jener Sitzung die Summe von 2 1/2 Milliarden genannt, die zur Deckung der Eisenbahner- und Beamtenforderungen nötig seien. An diesem Beispiel sieht man, mit welchen Mitteln gegen die Beamten und Eisenbahner Stimmung gemacht wird.

Vor der endgültigen Entscheidung will die Regierung noch einmal mit den Freistaatsfinanzministern verhandeln; eine Meldung darüber sagt:

Berlin, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Kabinett hat sich gestern mit der Frage der Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten und Arbeiter des Reiches beschäftigt. Dem Wunsche der in Bamberg tagenden Konferenz der Finanzministerien der Länder, vor endgültiger Stellungnahme gehört zu werden, ist einer auf kommenden Mittwoch anberaumten Sitzung Rechnung getragen worden. Das Kabinett hat gleichzeitig die Frage der Beschaffung neuer Mittel zur Beseitigung der bereits jetzt schon sich im ordentlichen Haushalt ergebenden Fehlbeträge, die durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge eine weitere Steigerung erfahren werden, zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung gemacht. Es wurde die Notwendigkeit festgestellt, über diese Frage eine genehmigte Stellungnahme der gesetzgebenden Körperschaften in Verbindung mit der Entscheidung über die Bewilligung der Teuerungszuschläge herbeizuführen.

Die Wirkung über das Verhalten der Regierung zeigt sich schon aus folgendem:

Berlin, 11. Januar. (L. V.) Der erweiterte Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes hat in zweitägiger Beratung zu dem zwischen dem Iser-Ausschuss und der Regierung zustande gekommenen Verhandlungsergebnis Stellung genommen. Die völlig unzureichenden Zugeständnisse und die auf den Eisenbahnerorganisationen lastende große Verantwortung veranlassen den erweiterten Vorstand, vor der endgültigen Beschlussfassung erst noch entsprechende Schritte zur völligen Klärung der Sachlage zu unternehmen. Der endgültige Beschluss steht also noch aus.

Frankfurt a. M., 11. Januar. (L. V.) Die Eisenbahner des rheinisch-westfälischen Industriebezirks sind mit dem Angebot des Reichsverkehrsministers nicht zufrieden und wollen sich bei den bisher gemachten Zugeständnissen nicht beruhigen. Der Eisenbahner-Aktionsausschuss der vier großen Eisenbahnerverbände erklärt in einem Telegramm an den Eisenbahnerausschuss in Berlin, daß die bisherigen Verhaftungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet große Beunruhigungen hervorgerufen und unabsehbare Folgen nach sich ziehen könnten. Die Eisenbahner des Westens seien gewillt, sich mit den bisherigen Zugeständnissen nicht zufrieden zu geben und stellen eine Sonderaktion in Aussicht.

Protest gegen die Amnestierungs-Schmach.

Die Kreisgeneralversammlung der USPD, Teltow-Beeskow, die am Sonntag in Neukölln tagte, nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die heute gemeldete Begnadigung Bogels, des Mörders Rosa Luxemburgs, macht das Maß der Schande voll, das die deutsche Justiz in den letzten Monaten auf sich gehäuft hat. Die Bezirksgeneralversammlung von Teltow-Beeskow brandmarkt mit Entzückung das schandbare Verhalten der Justizbehörden und fordert die Arbeiterschaft auf, überall, in Betriebsversammlungen usw., zu diesem Urteil Stellung zu nehmen, um ihren Protest gegen die herrschende Justizschande zum Ausdruck zu bringen.

Die bürgerliche Welt findet es sehr richtig, daß die Mörder von Revolutionären nicht bestraft werden. Ihre Presse hat gegen die Amnestierung Bogels nichts einzuwenden, ihre Telegraphenbureaus nehmen von der Sache keine Notiz. Wozu auch!

Eine Beruhigungsspielle.

Folgende Meldung wird von der Tel.-Union verbreitet:

L. V. Berlin, 11. Januar. Gegen die Amnestierung des im Zusammenhang mit der Tötung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis verurteilten und dann nach Holland geflüchteten Oberleutnants Bogel hat die Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt. Die

Auffassung, daß die Amnestie bereits rechtskräftig ist, ist nach der Volksischen Zeitung irrig. Es handelt sich nur um einen Beschluß der Strafkammer. Die Entscheidung liegt beim Kammergericht, welches erst im Laufe der Woche seinen Beschluß fassen wird. Wie das Blatt hört, ist jedoch kaum daran zu zweifeln, daß das Landgericht der Auffassung der Strafkammer nicht beitreten und die Amnestie gatt ablehnen wird.

Die Volksische Zeitung wird schwerlich eine Garantie für die Entscheidung des Kammergerichts übernehmen können. Wir sind sehr mißtrauisch gegen diese Beruhigungsspielle — sie darf den Protest des Proletariats gegen die Absicht, einen der Mörder des Edenhotels als politischen Verbrecher zu amnestieren, jedenfalls nicht einschläfern!

Wie steht es denn übrigens mit dem Geständnis Runge's mit der Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Mörderoffiziere? Wir werden ob des Spezialfalls Vogel nicht vergessen, daß die Mordtat an Liebknecht und Rosa Luxemburg noch immer ungeklärt ist. Das Geständnis Runge's zeigt die Schuld der Mörderoffiziere in trassierter Deutlichkeit. Will die deutsche Justiz daran befinden Augen vorbeigehen?

Der monarchistische Kurs in Bayern.

München, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Mahregelung der sozialistischen Beamten in Bayern wird fortgesetzt. Gestern wurden in München drei Schulkleute aus dem Dienst entlassen, weil sie Mitglieder der USPD sind. Dagegen sind monarchistisch gesinnte Schulkleute höchst willkommen. Als der Gesangverein der Schulkleute Münchens vor kurzem dem ehemaligen bayerischen König ein Ständchen auf seinem Schloß in Wildenwart brachte, erwarb er sich höchste Anerkennung.

Reaktionäre und Kommunisten.

München, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Münchner Reuekten Nachrichten beschäftigen sich in ihrem letzten Artikel mit den Vorgängen in Pilsen und mit dem offenen Brief der USPD, in dem diese zur Aktion aufruft, und benutzen diesen Aufruf dazu, die „Notwendigkeit der bayerischen Selbstschußverbände“ nachzuweisen. Am Schluß des Artikels schreibt das Stinnesblatt:

Was einem entwaffneten Deutschland ohne Selbstschuß bevorsteht, ist durch die Aktionen der letzten Tage klar ausgelegt. Der Terror der Straße, mit dem die Kommunisten die Aktionen einleiten, muß im bolschewistischen Chaos enden, wenn nicht eine starke Regierung rechtzeitig den Damm gegen die Flut setzt, wenn nicht alle ordnungsgeschöpfenden Elemente geschlossen stehen im Kampf gegen die bolschewistische Diktatur.

So liefert die USPD, der bayerischen Reaktion die Argumente für das Festhalten an der konterrevolutionären Einwohnerwehr

Fürst Bülow bürgerlicher Kandidat für die Reichspräsidentenschaft?

Wie der Dena aus parlamentarischen Kreisen berichtet wird sind zahlreiche Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei bereit, eine Kandidatur des ehemaligen Reichszanzlers Fürsten Bülow für das Amt des Reichspräsidenten zu unterstützen. Fürst Bülow soll sich dem Vornehmen nach zur Annahme des Amtes bereit erklärt haben.

Ob die andern bürgerlichen Parteien den Kandidaten der Stinnesleute akzeptieren werden, ist noch nicht bekannt, aber bei dem Mangel an geeigneten Persönlichkeiten nicht unwahrscheinlich — es wäre denn, daß die Deutschnationalen ihren Hindenburg oder Ludendorff, den Rappistengeneral, präsentieren wollten.

Wir könnten mit der Kandidatur des Schaumshäglers Bülow zufrieden sein. Er hat so viel reaktionäre Handlungen und Streichen an dem Kerbholz, daß sich an diesem Kandidaten die Volksfeindlichkeit der bürgerlichen Parteien ganz trefflich aufzeigen ließe.

Das Programm russischer Liberaler.

Berlin, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Paris wird gemeldet: Kerenki wird in der Sitzung selbiger Mitglieder der russischen Konstituante am Montag ein Programm Erklärung vorlesen, in der er die Unmöglichkeit der Wiederherstellung des zaristischen Systems besprechen wird. Wie der Abgeordnete Solowjow mittelt, wird er ferner hervorheben, daß die Verbündeten sich übertriebene Vorstellungen von den Getreidemengen und Rohstoffen, die Rußland ausführen könnte, machen. Ein baldiger Zusammenstoß zwischen Bolschewisten und den russischen Volksmassen sei unvermeidlich. Eine Evolution des bolschewistischen Regimes im demokratischen Sinne müsse als ausgeschlossen betrachtet werden. Die Erklärung Kerenkis wird gegen jede militärische Einmischung und überhaupt gegen jede fremde Intervention in die inneren russischen Angelegenheiten Einspruch erheben. Nach Solowjows Mitteilungen wird die Versammlung vermutlich eine Entschließung gegen die Blockade der Verbündeten und für die Wiederherstellung des freien Handels aller Länder mit Rußland annehmen.

Selbstaufgabe oder Demagogie?

Die Zentrale der USPD, veröffentlicht in ihrer Sonnabendausgabe einen Offenen Brief an den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, an die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, an die Allgemeine Arbeiterunion, die Freie Arbeiterunion (Syndikalistin), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und an die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands. Sie richtet darin an diese Organisationen die bis zum 12. d. befristete Aufforderung, eine einheitliche Aktion zur Erhöhung der Bezüge der Arbeiter, Beamten, Arbeitslosen, Unterstützungsempfänger usw. und zur Durchsetzung von Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung, zur Bereitstellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen in die Wege zu setzen — Forderungen, über deren Berechtigung und Notwendigkeit im großen und ganzen keine Meinungsverschiedenheit innerhalb proletarischer Parteien bestehen dürfte.

Was soll man aber dazu sagen, daß gerade die Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands diesen Aufruf zur gemeinsamen Aktion erhebt, die Partei, die ihr kümmerliches Leben nur durch unaufhörliche Spaltungen zu fristen vermochte, deren letzte Großtat die Schwächung der allein zu revolutionären Aktionen fähigen proletarischen Massenpartei, der USPD, war? Und was soll man weiter dazu sagen, wenn die Rote Fahne in einem Kommentar zu diesem Offenen Brief sagt:

„In keinem Augenblick darf der Kampf der Kommunisten gegen andere proletarische Parteien zu einem Kampf gegen einen Teil der proletarischen Klasse werden. Wo immer die Lebensnotwendigkeit des Proletariats es verlangt, kennt die kommunistische Partei „keine Parteien“ mehr. Denn erste Voraussetzung ist, daß das Proletariat lebe. Nur wenn es lebt, kann es sich befreien.“

Der einzige Daseinszweck der Roten Fahne und der kommunistischen Partei war bisher die Begeisterung nicht bloß eines Teiles der proletarischen Klasse, sondern der Gesamtheit des Proletariats, mit Ausnahme des kleinen Häufchens der unentwegten, von Marx'scher Erkenntnis unbeschwertem Phrasen im eigenen Lager. Mit den oben angeführten Worten haben die Kommunisten ihren Daseinszweck und damit sich selbst aufgegeben — oder die Demagogie und Heuchelei, ihre von Moskau geheiligte Waffe im Kampfe gegen das Proletariat, auf die Spitze getrieben.

Zu dieser letzteren Auffassung muß man auch gelangen, wenn man sich die Forderungen, für die die Aktion geplant werden soll, im einzelnen beachtet. Bisher war die Politik der Kommunisten einzig und allein auf die „Weltrevolution“ eingestellt, auf die sie hypochondrisch hinstarrten und um derenwillen sie auf den Kampf um konkrete Tagesziele verzichteten. Gestützt wurde diese wahnsinnige oder verbecherische Politik durch eine mißverständliche Auffassung der Marx'schen Verelendungslehre, die das Proletariat ins tiefste Elend gestürzt wissen will, um es zur Revolution „reif“ zu machen.

Nun wird scheinbar die ganze bisherige Politik über den Haufen geworfen, die kommunistische Partei, die bisher auf die politische und wirtschaftliche Schwächung des Proletariats hingearbeitet hat, um es revolutionsreif zu machen, ist scheinbar zur Einsicht gekommen, daß sie jenem Arzte gleicht, der triumphierend meldet: Operation gelungen, Patient tot. Nun geben die Kommunisten in letzter Stunde, nachdem sie den Patienten fast zu Tode gehetzt haben, vor, „wir Kommunisten wollten, daß das Proletariat lebe“. Und wie wollen sie es am Leben erhalten? Durch denselben Kampf um konkrete Tagesziele, den sie bisher planmäßig sabotiert und verhöhnt haben!

Was soll man zu dieser auf die Spitze getriebenen Demagogie sagen? Ist es möglich, mit einer solchen Partei, die wie das Rohr im Sturm augenblicklicher Stimmungen schwankt, gemeinsame Aktionen durchzuführen? Sowie wir die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes des gesamten Proletariats um gemeinsame Ziele bestreiten wollen, ja so sehr wir unermüdet auf sie hinweisen, so wenig fühlen wir uns dazu gedrängt, der Demagogie und Sensationshascherei der Kommunisten Vorschub zu leisten.

Wie aus einer späteren Meldung der Roten Fahne hervorgeht, scheinen die Kommunisten die „Einigung“ zu gemeinsamer Aktion mit einem Welterzwecken der Spaltung beginnen zu wollen. Es werden nämlich die kommunistischen Organisationen aufgefordert, „die Aufforderungen, die an die Zentralkomitees der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft gerichtet sind, unmittelbar zu richten an die Proletariat, die in diesen Organisationen sich befinden“. So soll also in alle Organisationen der Keim der Spaltung hineingetragen werden! Ein würdiger Aufstakt!

Sowohl die Freiheit als auch der Vorwärts haben auf den Offenen Brief der USPD sofort die einzig richtige und mögliche Antwort erteilt, indem sie übereinstimmend die Aufforderung der Spalter von Beruf zur gemeinsamen Aktion als einen dema-